

Posener Zeitung.

Neumundshäger

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witthmannstr. 16.)
bei G. H. Meier & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Striffler,
in Breslau bei Emil Fabaly.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. F. Danke & Co.,
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidenthau.“

Nr. 241.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 5. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserte 20 Pf. die jeckgepalrene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, haben die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 1876
nachmittags angenommen.

1876.

Das neue italienische Ministerium und der Vatikan.

(Original-Korrespondenz der Posener Zeitung.)

† Rom, 28. März.

Die Bildung des neuen Kabinetts erzeugte im Vatikan eine außerordentliche Entnuthigung. Wir sprechen nicht von den Fanatikern, welche die Palme des Martyriums zu erstreben vorgaben, so lange sie keine Gefahr laufen, und die nicht aufhören den Wunsch zu äußern, daß Alles drunter und drüber gehe und aus dem allgemeinen Durcheinander die Anarchie entstehe, welche nach dem Urtheile dieser Herren der Reaktion als Erlösung dienen soll, um so schnell als möglich an das erstrebte Ziel zu gelangen. Es fehlt leider selbst in der unmittelbaren Umgebung des heiligen Vaters nicht an Personen, die sich in diesem Sinne äußern und durch ihre Neben Zeugnisse ablegen von ihrer grenzenlosen Unwissenheit, von dem gänzlichen Mangel an Verständniß für die veränderten Zeitverhältnisse oder aber von ihrer ungewöhnlichen Heuchelei, indem sie sich als Märtyrer geberden, während sie nie den Muth finden würden, auch nur die geringste ihrer Bequemlichkeiten für die Religion zum Opfer zu bringen. Aber lassen wir selbst das „profanum vulgus“ des Piusvereins und die Wuthschäumenden des Vatikans bei Seite und gedenken wir nur des Papstes und der gemäßigtesten und gelehrtesten Kardinäle, der zahllosen Prälaten, denen die herrschende Partei stets Mergerniß giebt, kurz der besseren Elemente der klerikalen Kreise. Alle diese Leute sind jetzt von Ungewißheit oder gar von Furcht geplagt, alle sind sie voller Mißtrauen gegen die neuen Minister und betrachten deren Installation als das größte Unglück, von welchem Italien in diesem Momente heimgefußt werden konnte.

Das frühere Ministerium war im Vatikan sicher nicht beliebt und der Papst hegt eine unaussprechliche persönliche Antipathie gegen Minghetti; aber von diesem und seinen Freunden wußte man, wessen man sich versehen konnte, während die Linke kaum aus Kader gelangt wie man annimmt, sicher einige Ueberraschungen in Bereitschaft haben wird. „Die Männer, die aus Kader gelangt sind, können die besten und ehrenhaftesten sein“, sagen sich die gemäßigten und vernünftigeren unter den geistlichen Würdenträgern, „allein diesmal ist das System bedauerlich und das Prinzip verabscheuenswerth.“ Dazu hört man die Parteigänger der gefallenen Konfessionen von allen Seiten jammern, daß die gegenwärtigen Machthaber Italien um die Früchte der Politik Cavour's, Ricasoli's, Lanza's, Minghetti's und Visconti-Venosta's bringen könnten, um die Frucht jener, wenn nicht stets weisen, so doch gewiß stets überlegten Politik, welche Italien den Beifall der liberalen Katholiken des gesammten Erdenrundes eingetragen und die alle feindlichen Elemente wie die Legitimisten, Kreuzfahrer, Zuvaren, Fanatiker und Reaktionen aller Art konfus und lächerlich gemacht habe. Jetzt begämen indessen, immer nach der Ansicht der Konfessionen, für Italien die wehmüthigsten Zustände, und wer weiß, wann sie enden würden, während man im Vatikan behauptet, daß das neue Ministerium die Kammer auflösen, Neuwahlen aus schreiben und, wenn diese mit Hilfe der demokratischen, noch gar nicht ernannten Präfecten und Subpräfecten günstig ausfielen, die Konstitution ändern werde. Dies Alles sei jedoch auf spätere Zeit verlagert; in den nächsten Monaten erwartet man zunächst ganz andere Dinge. Man spricht von Maßnahmen, die getreu nach Bismarck's Originalen kopirt werden sollen. Man sagt, Depretis Nicotera und Mancini hätten sich bereits in's Einvernehmen gesetzt, um sobald als möglich das Garantiefesetz einer Revision zu unterziehen und die versprochenen Quoten der Villiste des Papstes, die dieser nicht annehmen wollte zu liquidiren.

Man werde, heißt es weiter, unverzüglich zur Konfiskation der noch nicht säkularisirten Kirchengüter schreiten und den Mönchen verbieten, öffentlich ihr Ordenskleid zu tragen. Alle klerikalen Vereine würden aufgelöst werden, vor Allem aber der Pius-Verein für katholische Interessen. Die Bischöfe, welche noch nicht um das Exequatur nachgesucht hätten, würde ein letzter Termin gestellt werden, um ihre Position zu regeln, oder sie würden des Anspruches auf jede staatliche Wohlthat verlustig, abgesehen von der ihrer harrenden Gefängnisstrafe; endlich würden die Jesuiten vertrieben werden, welche Befürchtung indessen selbst die Jesuiten für übertrieben halten, indem angeblich der Schlüssel Philipp's der Gesellschaft Jesu nie fehlen würde, um sich die Pforten Italiens zu erschließen oder sogar die Durchführung eines ähnlichen Dekretes unmöglich zu machen.

Inzwischen heißt es, daß man für den 3. April, an welchem Tage das Konsistorium zur Ernennung von Kardinälen und Bischöfen stattfinden wird, eine fulminante Ansprache vorbereite, in welcher der Papst gegen den deutschen Reichskanzler und gegen das neue italienische Ministerium donnern werde, gegen das letztere als die Exekutiv-Gewalt Bismarck's auf der apenninischen Halbinsel.

† Rom, 29. März.

Ich kann Ihnen die einigen italienischen und auswärtigen Blättern von Rom aus telegraphirten Nachrichten aus dem Vatikan vollkommen bestätigen und beile mich, dieselben entsprechend zu ergänzen. Kaum hatte man im Vatikan etwas Sicheres über die Bildung des neuen Ministeriums Depretis erfahren, so befahl der Papst dem Kardinal Antonelli, den König Victor Emanuel über die von dem neuen Ministerium gegenüber dem hl. Vater beschlossene Politik zu befragen, und der Staatssekretär Sr. Heiligkeit beauftragte mit dieser Mission ohne Verzug den Grafen Paar, den Herrn von Courcelles und Herrn von Cardenas, welche ihrerseits die bei dem königlichen Hofe beglaubigten Gesandten ersuchten, bei Sr. Majestät über zwei Punkte Er-

kundigungen einzuziehen und zwar: Ob die bezüglich des hl. Vaters geschaffene Situation keine Veränderung erleiden würde, und ob sich im Falle des Todes Pius das Konklave ruhig in Rom versammeln könnte und die zu seinen Berathungen unumgänglich nothwendige Freiheit genießen würde.

Victor Emanuel ließ, nachdem er mit Depretis und dessen Kollegen konferirt hatte, dem hl. Vater auf demselben Umwege antworten, daß er den neuen Ministern aufgetragen habe, die Politik Minghetti's gegenüber der Kirche nicht im geringsten zu modifiziren, und daß sich das neue Kabinet verpflichtet habe, gegen den hl. Stuhl höchst konservativ aufzutreten und keinen Augenblick die von ihren Vorgängern vorgezeichnete Bahn zu verlassen. In Bezug auf das Konklave konnte der Papst im Vorhinein überzeugt sein, daß die zur Papstwahl versammelten Kardinäle unter was immer für einem Ministerium die ausgebreitetste Freiheit genießen würde, indem es nicht im Entferntesten in der Absicht der Regierung liegen kann, sich in die inneren Angelegenheiten der Kirche zu mischen. Diese Antwort beruhigte den Papst, welcher im Falle einer minder befriedigenden Antwort vielleicht keinen Augenblick gezögert hätte, einen unerwarteten Entschluß zu fassen, der übrigens von der wüthenden Radikale Partei des Vatikans schon längst herbeigesehnt wurde. (Abreise von Rom? — Red. d. Pos. 3.) Mit der Gesundheit des Kardinals Antonelli scheint es trotz seiner Konferenzen mit den Gesandten fortwährend schlecht zu stehen, und man spricht bereits von dessen muthmaßlichem Nachfolger in der Staatssekretärswürde, die keinem Geringeren als dem Kardinal Bilio zufallen würde, welcher sich einen außerordentlichen Einfluß beim Papste zu verschaffen und ihn erst jüngsthin zu bestimmen wußte, den Purpur dem Vater Franzelin und dem Monsignore d'Arezzo zu verleihen.

Im Vatikan dauern die zahlreichen Audienzen fort, welche der Papst in den Wochen vor und nach Ostern einer zahllosen Menge von Fremden aller Nationen zu ertheilen pflegt. Die Distinguirtesten unter diesen werden auch zu der von dem heiligen Vater geleiteten Messe und zu der von ihm eigenhändig gespendeten Kommunion zugelassen.

Einer dieser Fremden erhielt, nachdem er in der päpstlichen Privatkapelle zur Kommunion zugelassen worden war, durch den russischen Gesandten, Baron Urhüll, eine Einladung nach dem Quirinal und der König sandte mit Rücksichtnahme auf die Verwandtschaft zwischen diesem Herrn und dem Hause Savoyen, ihm das Kommandeurekreuz des italienischen Kronenordens.

Einer der Prälaten, welche sich besonders mit der höheren geistlichen Polizei unter ihren Landsleuten befassen, beehrte sich, die päpstliche Kammer zu informieren, daß der distinguirte Fremde, welcher zu der von Pius IX. gespendeten Kommunion zugelassen worden, einen italienischen Orden gelegentlich seines Besuches — bei Victor Emanuel aus dessen Händen angenommen hätte und als einige Wochen später ein Sohn des erwähnten Fremden nach Rom kam und ebenfalls zur päpstlichen Messe und Kommunion Zutritt haben wollte, wurde ihm trocken erklärt, daß weder er, noch irgend ein Mitglied seiner Familie jemals vom heiligen Vater wieder empfangen werden würde, weil man sie sämmtlich für Verräther an der Partei betrachte.

Man schreibt die Schroffheit dieser Antwort mehr jenem ausländischen Prälaten als dem Papste zu, nachdem Ersterer Alles aufgeboten hatte, um seinen Landsmann im Vatikan zu diskreditiren. In den höheren römischen Kreisen spricht Alles nur von dieser Geschichte, welche vielfach kommentirt wird, denn Sie wissen, daß im Vatikan, wo es nur wenig ernste Aufgaben und noch weniger Arbeit giebt, nichts so sehr gepflegt wird, als Intrigue und alter Weiberkatsch — trotz des Zölibats.

Der ständige Ausschuß der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung und der Centralvorstand des deutschen Lehrervereins hat nach der „Frankf. Ztg.“ den Verbänden des deutschen Lehrervereins bezüglich des im Pfingsten in Erfurt stattfindenden ersten deutschen Lehrertages zu möglichst baldiger Beschlußfassung folgende Fragen, die allgemeine Volksschule betreffend, unterbreitet:

- 1) Soll für die Gestaltung öffentlicher Schulen a. die gesellschaftliche Stellung oder b. das religiöse Bekenntniß der Eltern oder c. die Entwicklungsfähigkeit des Kindes maßgebend sein?
- 2) Ist die Entwicklung a. bei allen körperlich und geistig normalen Kindern desselben Volkes gleich oder ist b. die gesellschaftliche Stellung oder c. die religiöse Anschauung der Eltern von wesentlichem Einfluß dabei?
- 3) Giebt es eine gemeinsame grundlegende Bildung? oder verlangt a. die muthmaßliche einstige Stellung des Kindes oder b. dessen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, daß die Schulbildung von Grund aus danach eingerichtet ist?
- 4) Mit welchem Lebensjahre des Kindes wird in der Regel ein Abschluß der grundlegenden Bildung zu erreichen sein?
- 5) Ist diese grundlegende Bildung für Knaben und Mädchen eine wesentlich verschiedene?
- 6) Welche Unterrichtsgegenstände sind zu dieser grundlegenden Bildung nothwendig?
- 7) Welche Gliederung der Volksschule (2-, 3-, 4-, mehrstufig ist anzustreben? und welche wöchentliche Stundenzahl ist für die einzelnen Stufen nothwendig?
- 8) Welche Vortheile bietet der den Kindern der verschiedenen Gesellschaftsklassen der Religionsgemeinschaften gemeinsam ertheilte Unterricht?
- 9) Welche Nachteile stehen diesen Vortheilen gegenüber?
- 10) Ist in den öffentlichen Schulen für gemeinsame, grundlegende Bildung Schulgeld zu erheben?
- 11) Sind die Vorbereitungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) und die Ergänzungsanstalten für das nachschulpflichtige Alter (Fortbildungsschulen) mit der Schule für die grundlegende Bildung (allgemeine Volksschule) in organischer Verbindung zu bringen? und in welcher Weise?
- 12) Sind die höheren Schulen mit der Schule für die grundlegende Bildung (allgemeine Volksschule) in Verbindung zu bringen? und in welcher Weise?
- 13) Sollen sittlich verwahrloste Kinder an dem gemeinsamen Unterricht theilnehmen oder besonderen Anstalten überwiesen werden?
- 14) Welche Vorkehrungen sind zu treffen, um Kinder dem in sittlicher Beziehung schädlichen Einflusse

gewissenloser Eltern zu entziehen? 15) Unter welchen Bedingungen soll die Erlangung der grundlegenden Bildung auf anderem Wege als in der öffentlichen Schule gestattet sein?

Die Vereine sind gebeten worden, dem Lehrer Rapmund in Berlin N., Kastanien-Allee 100, bis spätestens zum 10. Mai d. J. die Ergebnisse der Berathungen zugehen zu lassen. Dieselben sollen als Grundlage für ein auf dem erfurter Lehrertage zu leistendes Referat über „Schulgesetzgebung“ dienen.

Deutschland.

△ Berlin, 3. April. Wir waren in der Lage, den Gerüchten, welche von einer beabsichtigten Abankung des Kaisers von Rußland oder auch nur von einer längeren Abwesenheit desselben von Rußland sprachen, welche eine Stellvertretung nöthig mache, mit entschiedenem Dementi entgegenzutreten, indem wir konstatiren konnten, daß in hiesigen unterrichteten Kreisen von derartigen Absichten nichts bekannt sei. Inzwischen hat dieses Dementi von allen Seiten Bestätigung gefunden. Auch eine andere Thatsache, mit welcher man dieses Gerücht in Zusammenhang brachte, ist jetzt weggefallen, nämlich die Absicht des Kaisers, die Reise nach Deutschland schon frühzeitig anzutreten. Nach den neueren Bestimmungen wird die Abreise von Petersburg sogar noch einige Tage später erfolgen, als im vorigen Jahre. Deshalb kann auch die Reise unseres Kaisers nach Wiesbaden und der Aufenthalt daselbst verschoben werden, da selbst noch nach dem 18. April dem Kaiser die Zeit bleibt, drei Wochen in Wiesbaden zu verweilen. — Der Justiz-Ausschuß des Bundesraths wird heute über die großen Reichs-Justizgesetze seine Berathungen beginnen, welche hoffentlich zur Lösung der schwierigen Aufgabe beitragen werden, eine Verständigung des Bundesraths mit dem Reichstage herbeizuführen. Man wird jetzt wohl, ohne begründeten Widerspruch besorgen zu dürfen, konstatiren können, daß das öffentliche Urtheil sich von der Nothwendigkeit einer erheblichen Abänderung der Beschlüsse der Justiz-Kommission des Reichstages überzeugt hat. Die Arbeiten des Ausschusses werden voraussichtlich eine Woche in Anspruch nehmen. — Es steht jetzt außer Zweifel, daß bis Ostern kein einziges der wichtigeren Gesetze, welche dem Landtage vorgelegt worden sind, zum Abschluß gelangen wird. Die Dispositionen, welche beim Beginn des vorigen Monats von Seiten des Präsidiums in Aussicht genommen wurden, um eine schleunige Erledigung der wichtigsten Arbeiten herbeizuführen, können nicht innegehalten werden. Damals war die Hoffnung vorhanden, daß das Diszessengesetz und das Sprachengesetz vor Ostern die beiden Lesungen passiren würden. Auch stand es damals in Aussicht, daß die Eisenbahnvorlage noch vor Ostern auf die Tagesordnung kommen würde. Alle diese Voraussetzungen haben sich jedoch nicht bestätigt und es wird daher erst nach den Osterferien der schwierigste Theil des ganzen Landtagspensums zu bewältigen bleiben.

BAC Berlin, 3. April. Dem Hilfskassengesetz ist die Zustimmung des Bundesrathes gesichert. Wir haben von vornherein uns nicht irre machen lassen durch die Mittheilungen verschiedener Blätter, welche allerlei Zweifeln an dem Zustandekommen dieses Gesetzes Ausdruck geben. Die politischen Gründe für das Zustandekommen dieses Gesetzes lagen viel zu klar, als daß man an ein Scheitern desselben hätte glauben können. Wenn über die Stellung einer und der anderen Regierung zu diesem Gesetze hinterher lebhaftere Erörterungen stattgefunden haben, so ist dieses ein Beweis mehr, wie oft die Dinge im Einzelnen zu schwanken scheinen, während sie doch im Ganzen mit Nothwendigkeit dem inneren Gesetze der Entwicklung folgen müssen. Wir sind über den Ausgang jener Erörterungen umso mehr erfreut, als nach unserer Ueberzeugung die Ablehnung der Beschlüsse des Reichstages durch den Bundesrath ein verhängnißvoller politischer Fehler gewesen wäre. — Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die vom Staate zu übernehmende Zinsgarantie für die Prioritäten der Halle-Sora-Cubenener Bahn und der Beschluß, die Vorlage zur Vorberathung an eine Kommission zu verweisen, haben vielfach eine falsche Deutung erfahren. Die erste Lesung dieser Vorlage und derjenigen wegen Anlaufes der Eisenbahnen Halle-Kassel und Nordhausen-Mixi für den preussischen Staat haben ein klares Licht geschaffen. Die letztgenannte Vorlage wird unzweifelhaft die Genehmigung des Abgeordnetenhauses finden; in Betreff der ersteren Vorlage ist das Gegentheil der Zweifellostigkeit richtig. So weit der äußere Eindruck der ersten Lesung reicht, dürfte eher die Nicht-Genehmigung wahrscheinlich sein, wenngleich diese selbstverständlich nicht mit Bestimmtheit vorher zu sagen ist. Selbst wenn die Kommission die Genehmigung der Vorlage empfehlen sollte, so würde daraus noch immer kein sicherer Schluß auf die Zustimmung des Plenums zu ziehen sein, da das Haus bisher anscheinend in zwei ziemlich gleiche Hälften für und wider die Vorlage getheilt ist. Ebenso wenig würde aber aus einem der Vorlage unglücklichen Votum der Kommission ein Schluß auf die Ablehnung der Vorlage durch das Plenum sich rechtfertigen. Die Sachlage, welche die erste Lesung klar hat hervortreten lassen, ist eben die, daß sich daraus kein bestimmter Schluß auf die Entscheidung des Plenums ziehen läßt. Wenn die Regierung förmlich auspricht, daß hier nicht ein einzelnes Unternehmen wie bei der Nordbahn vorliege, sondern daß es sich bei der Halle-Sora-Cubenener Bahn um das Glied eines ganzen Systems handle, so liegt die Prüfung der Vorlage durch eine Kommission in der Natur des Entgegenkommens gegen berechtigte Wünsche der Regierung. Die Kommission wird nicht bloß den vorgelegten Vertrag, sondern alle Modalitäten näher prüfen, unter welchen die Beziehungen des Staats zu dieser Eisenbahn festgestellt werden können, und also selbst, wenn

sie sich in Bezug auf die Vorlage negativ ausspricht, vielmehr doch Andeutungen über ein positives Vorgehen in anderer Richtung zu geben vermögen.

□ **Berlin**, 3. April. Das Abgeordnetenhaus hielt heute eine kurze aber interessante Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Abg. Lasker eine Rechtfertigung des früheren Abg. Adices. Bei der Verathung des Berichtes der Untersuchungskommission über das Eisenbahnkonfessionswesen in der vorigen Woche hatte der Abg. Lasker sich dahin geäußert, daß der als Zeuge vorgeladene Abg. Adices nicht zu finden gewesen sei. Darauf erwidert der Legtere, daß ihm niemals eine Zitation zugekommen. Nachdem er aber den gedruckten Bericht der Kommission gelesen und daraus erfahren, daß man von ihm Auskunft zu erlangen gewünscht, habe er sich bereit, dieselbe nach seinem Wissen schriftlich zu erteilen. Der Abg. Lasker bestätigte diese Angaben vollständig. Nachdem das Haus sodann den Bericht der Staatsschulden-Kommission über 1874 und den Gesetzentwurf betreff. Aufnahme von Wechselprotesten genehmigt, begann die zweite Verathung des Gesetzes betr. die Einverleibung Lauenburgs, an welcher sich Fürst Bismarck lebhaft betheiligte. Eine Diskussion entspann sich nur über die Paragraphen, zu welchen Anträge vorlagen. Die Abgg. Dr. Lutteroth und Dr. Virchow hatten deren sechs gestellt, von denen vier abgelehnt wurden, unter Anderen der, dem Herzogthum den Namen: „Kreis Lauenburg an der Elbe“ zu geben. Fürst Bismarck bemerkte dazu, im Herzogthum herrsche in allen Schichten der meist bäuerlichen Bevölkerung ein starker lokaler Nationalstolz, der eine historische Berechtigung sei. Man nenne das Land daselbst noch vielfach Herzogthum Sachsen. Das Ländchen sei der letzte Rest des alten mächtigen Herzogthums Sachsen, man möge daher den Namen Herzogthum beibehalten, zumal es ja nichts koste. Seitens des Hauses fanden nur die beiden Virchow'schen Anträge Annahme, die Prüfung der Rechnungen über die Verwaltung des Herzogthums durch die Oberrechnungskammer erfolgen zu lassen, und bezüglich der speziell Lauenburg betreffenden Gesetze ein Gutachten bei seiner Landesvertretung zu verlangen, falls es von der Staatsregierung erfordert werde. Mit großer Erwartung sah man der Verathung des § 13 entgegen. Dazu hatten dieselben Abgeordneten den Antrag gestellt, das letzte Alinea zu streichen, welches bestimmt, daß die preussischen Beamten, die ein lauenburgisches Amt als Nebenamt verwaltet haben, nach Auflösung dieses Verhältnisses drei Viertel ihres Gehaltes als Pension fortbezahlen sollen. Nach sehr kurzer Debatte wurde dieser Antrag, durch welchen u. A. dem Fürsten Bismarck seine Ministerpension entzogen worden wäre, abgelehnt und das Haus vertagte sich bis Mittwoch, um dann die Einverleibungsvorlage neben anderen sekundären Gegenständen in dritter Lesung zu verathen. — Wie verlautet, werden im Abgeordnetenhaus in der gegenwärtigen Woche überhaupt nur noch zwei Sitzungen, am Mittwoch und Freitag stattfinden und dann Ferien bis zum 24. April eintreten.

□ **Berlin**, 3. April. Nach übereinstimmenden Mittheilungen soll die theilweise noch unerledigt gebliebene neue Organisation der deutschen Feldartillerie noch im Verlauf dieses Jahres zum Abschluß geführt werden. Die Beschlußfassung über die hierzu erforderlichen Maßregeln wird voraussichtlich in gleicher Weise, wie schon für die Infanterie und Kavallerie geschehen ist, in dazu einberufenen besonderen Kommissionen erfolgen. Die Verathung über die neuen Exerzier-Reglemente der vorgenannten beiden Hauptwaffen und die über deren neue Organisationsverhältnisse sind hierbei gesondert gehalten worden, und steht das Gleiche voraussichtlich auch für die Artillerie zu erwarten. Im Voraus wird bereits berichtet, daß in den maßgebenden militärischen Kreisen eine Verstärkung der Feldartillerie gegenüber der in den letzten Jahren erfolgten sehr bedeutenden Steigerung der Artilleriestärke sowohl der französischen wie der russischen Armee auch für die deutsche Armee als nahezu unerläßlich angesehen

werde. Es scheint hierunter jedoch weniger eine Steigerung der Zahl der vorhandenen Batterien, als die Erhöhung der Geschützabzahl derselben zu dem vollen Bestand von je 6 bespannten Geschützen auch schon für den Friedensfuß verstanden zu werden, welche Verringerung versuchsweise auf Grund der Mehrforderungen des diesjährigen Militäretats bereits in diesem Jahr für drei reitende Batterien verfügt worden ist. Unerledigt ist für die Organisation der Feldartillerie namentlich noch die Aufstellung der Reserve-Batterien bei einem statt habenden Kriegsfalle, und verlautet, daß eine sehr beträchtliche Steigerung dieser Kriegsförderung in Aussicht genommen wäre. Im Wesentlichen würde hiermit eine veränderte und erweiterte Landwehr-Organisation der Feldartillerie zusammenfallen, wozu sich allerdings die Mannschafsstämme in einem so ausreichenden Maße vorhanden finden, um statt der drei Reserve-Batterien, welche bisher im Kriegsfalle per Armee-Corps nur aufgestellt wurden, die Errichtung von je zwei vollständigen Feldartillerie-Abtheilungen zu 6 resp. 8 Batterien für jedes Armee-Corps zu gestatten und doch noch einen mehr als ausreichenden Mannschaftsstand für die Besetzung der Artillerie-Munitionskolonnen u. verfügbar zu behalten. Die Frage für die Ausfühbarkeit dieser erweiterten Kriegsaufstellung würde nur sein, ob dazu auch die erforderlichen Offiziersstämme als vorhanden und disponibel angenommen werden können. Die gleiche Frage wirft sich jedoch auch für alle mit dem Eintreten eines Kriegsfalles bei den anderen Waffengattungen beabsichtigten neuen Kriegsförderung auf. Speziell hat bei der Artillerie seit 1873 nach einem eben im „Militär-Wochenblatt“ veröffentlichten statistischen Nachweis per Brigade eine Steigerung um je 8 Seconde-Vicentenants der Reserve stattgefunden, durch welche freilich der Bedarf für die erwähnte Erweiterung der Reservebatterie-Aufstellung kaum erst zur Hälfte als gedeckt angenommen werden könnte. Speziell wird in dem vorangeführten statistischen Nachweis die Zahl der in diesem Jahre disponiblen Reserve-Offiziere für alle Waffengattungen zusammen zu 4688 angegeben, welche sich mit 2766 auf die Infanterie, 62 auf die Jägerwaffe, 1104 auf die Kavallerie, 464 die Feldartillerie, 97 Fußartillerie, 47 die Pioniere, 72 die Eisenbahntruppen und 106 auf den Train vertheilen. Da hierzu namentlich für die höheren Chargen die zur Disposition gestellten und die Landwehr-Offiziere noch hinzutreten, würde jedoch das Offizierbedürfnis für die mit einem Kriegsfalle aufzustellenden Kriegsförderung immerhin mindestens nahezu als gedeckt angenommen werden können, und dürften außerdem die mit der Qualifikation zu Reserve- und Landwehr-Offizieren entlassenen ehemaligen einjährigen Freiwilligen das geeignete Material bieten, um diese Offiziersstämme noch ausreichend verstärken zu können. — Der neuen Gewehr a u s r ü s t u n g der deutschen Armee wird sich mit dem Abschluß derselben nunmehr die Anfertigung der Karabiner des M. 71 anschließen, welche zum Ersatz der von der deutschen Kavallerie gegenwärtig geführten umgeänderten und aptirten Chassepot-Karabiner und zur definitiven Schußwaffe derselben bestimmt sind. Nachdem man entsprechend dem Geschützpulver auch das Gewehrpulver eine wesentlich verbesserte Bearbeitung erfahren, und ist damit zugleich die Wirkungsfähigkeit desselben ganz außerordentlich gesteigert worden. Die gleiche Steigerung betrifft allerdings zugleich auch den Preis, welcher gegen vor 10 oder 12 Jahren noch pro Ctr. 39 und später 50 M., gegenwärtig 70 M. beträgt. Dazu treten in den Kostenpunkt der Infanterie-Munition außerdem noch die aus Messing oder Kupferblech gefertigten Patronenhülsen, welche pr. Tausend bis vor Kurzem zu 52 und jetzt zu 40 M. geliefert werden, wobei sich jedoch die Zinshülsen noch nicht mit inbegriffen befinden. Ueberhaupt aber wird das Tausend Infanterie-Patronen zu 93 M. berechnet. Das an Stelle der zur Zeit geführten Infanterie-Munition für die gesamte deutsche Armee mit Einschluß der bairischen Armee fortan eine von dem bairischen General-Major von Bodewitz konstruirte Einheitspatrone treten wird, ist früher schon berichtet worden.

— Wie bereits gemeldet, hat der Kaiser am Freitag eine Deputation aus Leipzig empfangen, welche Allerhöchstdenkselben um die Erlaubnis zur Anbringung des kaiserlichen Standbildes an dem leipziger Siegesdenkmal bat. „Wie die „D. N. Ztg.“ erfährt, hat der Kaiser die erbetene Genehmigung erteilt, da er sich überzeugt habe, daß sein Standbild nur „als Ornament“ des Denkmals dienen solle. Se. Majestät stellte in der längeren Unterhaltung mit der Deputation unter Anderem auch seinen Besuch in Leipzig für die ersten Sep-

tembertage in Folge einer an ihn ergangenen Einladung des Königs Albert gelegentlich der Manöver des 12. Armee-Corps in Aussicht.

DN. Das Staatsministerium hielt heute (3.) sofort nach Schluß der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses im Landtagsgebäude unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck eine Sitzung ab, um über die Beschlüsse des Hauses bezüglich des Gesetzentwurfes über die Einverleibung Lauenburgs Stellung zu nehmen. Wie uns von zuverlässigster Seite mitgeteilt wird, ist das Ministerium den Beschlüssen der Kammer in allen Punkten beigetreten. — Gegen die vom Minister der geistlichen Angelegenheiten auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 angeordnete Einstellung einer Leistung aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bischöfe und Geistlichen ist nach einem Erkenntnis des königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 8. Januar 1876 eine Besitzstörungsklage unzulässig.

— Das Reichsgesundheitsamt ist am 1. d. nunmehr ins Leben getreten. Der „Reichsanz.“ meldet dies wie folgt:

Durch die Beschlüsse des Reichstags vom 6. April 1870 und 27. November 1871 waren dem Reichskanzler mehrere, die öffentliche Gesundheitspflege betreffende Petitionen theils zur Kenntnissnahme und eventuell weiteren Veranlassung, theils zur Berücksichtigung und mit dem Eruchen überwiesen worden, auf Grund des Art. 15 der Reichsverfassung dem Reichstage einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltungsorganisation der öffentlichen Gesundheitspflege im Deutschen Reich, vorzulegen. Gleicherweise führte die Verathung des Impfgesetzes zu dem Eruchen an den Reichskanzler, mit Rücksicht auf die durch dieses Gesetz begründete Nothwendigkeit, die Oberaufsicht über das Impfwesen wirksam und einheitlich zu handhaben, die Errichtung eines Gesundheitsamtes für das deutsche Reich thunlichst zu beschleunigen. Nachdem zur Ausführung des letzteren Beschlusses in dem Etat für das laufende Jahr die Mittel ausgenutzt waren, ist das Gesundheitsamt für das deutsche Reich am 1. d. M. hier in Wirksamkeit getreten. Von der weiter angeregten Herbeiführung einer reichsgesundheitlichen Regelung der Verwaltung der öffentlichen Gesundheitspflege ist dagegen zur Zeit noch abgesehen worden.

Ueber die Bedeutung und die Einrichtung des neuen Instituts haben wir bereits neulich berichtet.

— Der „Reichsanz.“ enthält folgendes Dementi:

Die „Neue Preussische Zeitung“ bringt einen Artikel, wonach sich in der Zeit vom 1. bis 6. März, als der ersten Gültigkeitsperiode des neuen Telegraphentarifs, keine Mehreinnahmen, wohl aber bei einer Reihe von Telegraphenämtern ganz bedeutende Mindereinnahmen ergeben haben sollen, und knüpft daran Betrachtungen über die Nachtheile des Tarifs für die Staatskasse und dessen Vortheile für den Briefverkehr. Statt aller Widerlegung wollen wir für jetzt nur die Thatsache anführen, daß ein finanzielles Ergebnis zur Zeit noch überhaupt nicht vorliegt und auch gar nicht vorliegen kann, da nach der bestehendenassenverfassung sich erst am 20. April übersehen läßt, wie die Einnahmen im März sich gestalten haben. Auch besondere Nachweisungen für die von der „Neuen Preussischen Zeitung“ bezeichnete Zeit vom 1. bis 6. März sind nicht eingefordert worden, indem die erste Zeit ja überhaupt nicht maßgebend sein kann. Die Ausführungen der gedachten Zeitung entbehren mithin jedes tatsächlichen Inhalts.

Der „Düsseldorfer Anz.“ brachte am 19. v. M. einen „Der Staat und die heimische Industrie“ überschriebenen Artikel, worin gesagt war, daß der Staat die ausländische Industrie bevorzuge. Nachdem der „Reichsanz.“ bereits damals einen Theil jener Behauptungen widerlegt, bringt er jetzt nachfolgende Notiz:

Wir sind in den Stand gesetzt, nunmehr auch den Passus 2 des in Nr. 50 des „Düsseldorfer Anzeigers“ vom 19. v. M. enthaltenen „Der Staat und die heimische Industrie“ überschriebenen Artikels als jeder Begründung entbehrend bezeichnen zu können. Die Beschaffung des Eisenbedarfes für die Artillerie-Werkstatt zu Spandau hat in den letzten Jahren, von geringerem augenblicklichen Bedarf abgesehen, ausschließlich von rheinischen und westfälischen

bis zum Jahre 1831 keine Lehrlinge in dem noch bestehenden Kammermannshaus seines Oheims Schwallmann durch, und auf Labendübeln und anderen Papieren soll er nicht selten die Verse geschrieben haben, welche die frühe Muse ihm eingab. Sein erstes Gedicht aber, welches in die Öffentlichkeit trat und in dem Soester Kreisblatt abgedruckt wurde, war an den Thurm der dortigen St. Thomaskirche gerichtet, der, schief wie die Thürme Bissas, jedem Luftwandler auf den benachbarten, zu Spaziergängen eingerichteten Wällen der ehemaligen Hansestadt in die Augen fällt. Der Volksmund erzählt sich zwar, daß der Thurm deshalb so schief sei, weil der berühmte Freiher von Münchhausen, als er einst zu der gänzlich verschneiten Stadt gekommen, sein Roß an dessen Spitze angebunden und, als der Schnee über Nacht geschmolzen, es mit Verwunderung hoch oben schwebend erblickt habe. Freilich aber gab in seinem Jugendgedichte der Dichter eine elegantere Wendung, indem er schilderte, daß der Thurm nur aus Courtisane gegen die auf den Wällen vorüberwandelnden Soester Schönen fortwährend höflich sich neige.

* **Das Schillerhaus in Vorch.** Manchem ist es wohl aus den Beschreibungen von Schillers Leben bekannt, daß der Dichter einige Jahre seiner Kindheit mit seinen Eltern zu Vorch (in Württemberg) zugebracht hat; aber Wenige nur, wenn sie auch dieses Städtchen besucht haben, werden die Stätte kennen, die damals für Schiller Heimat und Elternhaus gewesen. Eine einfache geschmackvolle Gedenktafel, gestiftet von dortigen Verehrern Schillers, soll es nun der Vergessenheit entreißen und für die Zukunft auch dem Auswärtigen leicht erkennbar machen. Es ist ein einfaches Wohnhaus mit zwei Stockwerken, zu ebener Erde und über einer Treppe, in der Mitte des Städtchens gelegen an der südlichen Seite der Hauptstraße, die vom Bahnhof aus in der Hauptrichtung von Ost nach West das Städtchen durchzieht. Durch den Kappelbach von der Straße getrennt, ist es von derselben aus durch eine Brücke zugänglich. Mit seiner Rückseite ist das Haus gegen die im Süden sich hinziehende Kems und die immergrünen Tannenwälder gekehrt, auf die damals der Ausblick noch ganz frei war. Unweit davon entfernt ist das gleichfalls an der Hauptstraße gelegene sog. Forstamt, in welchem ein Wenig später nach des Vaters Tod, Schillers Lieblingskind, Karl v. Schiller, als Oberförster 9 Jahre verlebte (1841–50). Nur wenige Veränderungen sind seit jener Zeit an dem Hause vorgenommen worden. Noch werden von dem ältesten Bewohner des Hauses, einem freundlichen 76-jährigen Manne, über einer Treppe die Gemächer bezeichnet, die von der Familie Schiller bewohnt wurden nach der wohl sicheren Ueberlieferung unter den stets derselben Familie angehörenden Hausherrn. Noch ist es wohl die alte Hausthüre mit dem beliebten Klopfer, das Treppengeländer, die alte Zimmereinteilung, wenn freilich Anderes, wie der alte deutsche Ofen, die Schiebefenster mit den zierlichen runden in Blei gefaßten Scheiben und die so bezeichnende behagliche Holvertäfelung verschwunden. Noch wird zu ebener Erde in einer Schmiedewerkstätte die Esse geheizt und der Hammer geschwungen, wie zu Schillers Zeit von dem Huf- und Waffenschmied Johann Michael Molt (* 1789), dem Urahn des berühmten Schmiedemeisters. „Schillerhaus 1765 bis 68“ soll die Inschrift lauten; sie aber anzubringen, beansprucht mit Recht der heutige Schmiedemeister darin als sein Ehrenamt.

Olympia.

Kein Staub blieb von der Frevlerhand
Die auf Olympia's Tempeldächer
Geseudert einst den Feuerbrand;
Die Flamme ward ihr eigener Rächer.
Und nun seit sich dem Schuttfeld
Der Schönheit edler Rest entronnen,
Nennt nichts am todtten Götterbild
Wer einst das Weil darauf geschwungen.

Als über ihre Schwellen ein
Die Säulen und Gewölbe brachen,
Als mit den Sternen dann allein
Die öd gewordenen Räume sprachen;
Wohl mochte der Hellenen Herz
Ein Zucken wilder Qual ersinken,
Und ihren lichten Geist der Schmerz
Für eine lange Nacht verhüllen.

Bergab die Hüterin am Thor
Des Fluchs, und daß sie ewig traure?
Sie sieht, wie viel sie auch verlor,
Daß etwas doch ob allem daure.
Die Wuth, die da vorüberfuhr,
Konnt' nichts dem Zeitstrom abgewinnen,
Doch lebt vom Werk die kleinste Spur
Das liebend schuf ein groß Ersinnen.

Olympia! dein Ruf ertönt
Aufs neue durch die Länder wieder,
Es schauen vom Olymp verjöhnt
Die Götter in ihr Thal hernieder.
Horch! Wagen donnern, hoch herein
Drängt jubelnd das Volksgebränge,
Und durch den alten Pinienhain
Erschallen Bindars Siegesgefänge.

Hermann Lingg.

Polnisches Theater.

Das schon seit längerer Zeit in Aussicht gestellte Gastspiel der Frau Wanda von Bogdani, Opernsängerin der italienischen Oper in Paris, nahm gestern seinen Anfang. Da weder eine deutsche noch eine polnische Oper gegenwärtig existirt, so ist die Künstlerin gezwungen, in einzelnen Szenen, Arien oder Liedern aufzutreten. Dem posener Publikum und speziell der polnischen Gesellschaft ist Frau v. Bogdani schon hinlänglich bekannt. Sie repräsentirt die feinere französische Gesangsmanier, italienischer Kern in französischer Hülle, und gemahnte uns zunächst an Fel. Donadio, die ja auch von der italienischen Oper zu Paris. Zierlich, nett und sauber giebt sich

Alles und klingt Alles. Die große Arie der Rosine aus Rossini's Barbier im Kostüm der Rolle mit Orchester gesungen, ließ all' diese Eigenschaften hervorleuchten und ließ auch die gewandte Darstellerin ahnen. Verdi's Nigolotto-Arie bildete die Zwischenmusik zu Scribe's 2 aktigem Lustspiel „Der Mann ist nicht zu Hause“. Auch hier bot sich der Künstlerin reiche Gelegenheit, durch Solopratur zu glänzen. Auf dem Programm standen noch „Ungarische Arie“ von Komacz und „La veritable Mano'a“ von Bourgeois, mit deren Ausführung wir uns begnügen müssen. Es ist für einen der polnischen Sprache Unkundigen nicht allzu einladend, von Arie zu Arie immer ¼ Stunde Pause machen zu müssen. Sollten die Leistungen der Frau v. Bogdani auch den Deutschen unserer Stadt etwas zugänglicher gemacht werden, so wäre dringend zu wünschen, daß sich wenigstens in der ersten größeren Pause das gesungene Programm abspiele, haben wir uns auch speziell an dem für uns stummen Spiel der Frau Terentoczj wahrhaft erquickt, so dürfte dies doch für manche andere Deutsche eine Geduldprobe sein, die dem Besuche des Theaters nicht gerade förderlich.

Frau v. Bogdani gedenkt noch öfters aufzutreten und können wir ihren schönen Leistungen nur eine rege Theilnahme des Publikums wünschen.

* **Das Alter der deutschen Kaiser und der brandenb.-preuss. Regenten.** Kaiser Wilhelm, der am 22. März das 80. Lebensjahr angetreten hat, ist der einzige deutsche Kaiser und der einzige Landesherr des brandenburgisch-preussischen Staates, der diese hohe Altersstufe erreicht hat. Von seinen Vorgängern auf dem deutschen Kaiserthron hatte das höchste Alter erreicht Friedrich III. (* 1493) mit 78 Jahren; nach ihm kommen Rudolf I., der Stifter des Hauses Habsburg (* 1291), der 73 Jahre, und Karl der Große (* 814), der 72 Jahre alt wurde. Die anderen Kaiser starben unter 70 Jahren. Die ältesten waren Friedrich I., Barbarossa, (* 1190) und Siegmund (* 1437) mit 69 Jahren, Leopold I. (* 1705) mit 65 Jahren. Von den anderen berühmten Kaisern starben Karl V. (1558) im 59., Otto der Große (973) und Friedrich II. (1250) im 57., Josef II. (1790) im 49. Lebensjahr. Die im jugendlichen Alter gestorbenen waren die Kaiser Otto III. (1102) mit 29, Otto II. (983) mit 28, Philipp von Hohenstaufen (1208) mit 27 Jahren und Ludwig IV., das Kind, der letzte Karolinger, der schon (912) im 20. Lebensjahr starb. — Von den Königen von Preußen haben das höchste Alter erreicht Friedrich II. (* 1786) der im 75. und Friedrich Wilhelm III. (* 1840) der im 70. Lebensjahre starb. Friedrich Wilhelm IV. starb (1861) im 66., Friedrich I. (1713) im 56., Friedrich Wilhelm II. (1797) im 54. und Friedrich Wilhelm I. (1740) im 52. Jahre. — Unter den Kurfürsten von Brandenburg waren die ältesten Johann Georg (* 1598) mit 73, Albrecht Achilles (* 1486) mit 72, Friedrich I. (* 1440) und Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst (* 1688) mit 68 Jahren. Am jüngsten starben Georg Wilhelm (1640) mit 45 und Johann II. (1499) mit 44 Jahren. (Triib.)

* **Freiligrath's erste dichterische Publikation.** Die Stadt Soest, wo Freiligrath einen Theil seiner Jugend verlebte, wo von zwei seiner Schwestern heute noch die eine als Lehrerin der dortigen Mädchenschule ihren Wohnsitz hat, bewahrt von Westfalens liebreichem Sänger noch manche Erinnerung auf. Freiligrath machte in Soest

Eisenwerken u. s. größtentheils im Submissionswege stattgefunden. englische Firmen sind bei der Vergebung des Bedarfs niemals berücksichtigt worden. Hervorzuheben ist noch, daß auch bei der Konstruktion des neuen Artillerie-Materials auf die Beteiligung der einheimischen Industrie bei der Beschaffung in der Weise gerücksichtigt worden ist, daß niemals Profileisen von größeren Abmessungen angewendet worden sind, als seitens der heimischen Eisenwerke noch hergestellt werden können.

Der zu fünf Monaten Gefängnis verurtheilte Redakteur der „Germania“, Sonnen, hat sich, wie die „Frl. Ztg.“ meldet, am 30. März nach erfolgter Verurtheilung von hier nach Prag begeben. Ein prager Korrespondent des „Kuryer Bozmannski“, der dieselbe Nachricht meldete, bemerkt dazu: „Es scheint mir, daß er (Sonnen) sich nach der Türkei oder nach Rumänien begibt, denn Oesterreich ist seit der Zeit der Auslieferung Sigis ein unsicherer Aufenthaltsort für katholische Redakteure geworden.“ — Der Schriftsteller Dr. Heinrich Veta (Betzlich) ist der „N. Z.“ zufolge nach längeren Leiden hier am 31. März gestorben. In der Bewegung des Jahres 1848 theilhaftig, entzog sich Veta einer Verfolgung wegen verurtheilten Hochverraths durch die Flucht nach England, wo er bis zum Jahre 1868 von Erträgen seiner schriftstellerischen Arbeiten lebte. In die Heimath zurückgekehrt, konnte er derselben, da ein rheumatisches Leiden ihn des freien Gebrauchs der Hände und Füße beraubte, nicht so froh werden, wie ihm seine geistige Frische dies sonst wohl gestattet hätte; er mußte seine Arbeiten in den letzten Jahren seiner Frau in die Feder diktiren.

Köln, 2. April. Wie schon erwähnt, hat der verstorbene Kommerzienrath Andrae 20,000 M. zur Errichtung eines Bismarckdenkmals in Köln bestimmt. Am 30. v. M. kam die Sache in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache, worüber Folgendes berichtet wird:

„In der geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 30. März machte der Vorsitzende dem Kollegium Mittheilung von der Andrae'schen Stiftung zur Errichtung eines Denkmals für den Fürsten Bismarck, als dem Hersteller des Deutschen Reichs. Das Monument sollte nach dem Willen des Stiftators binnen drei Jahren auf dem Neumarkt oder auch auf einem anderen öffentlichen Platz unserer Stadt unter Leitung des Bau-Insppektors Pflaume errichtet werden. Da dieser aber sein Gutachten in der Angelegenheit dahin abgegeben, daß die Frist zu kurz sei, so hat die Witwe des Herrn Andrae sich damit einverstanden erklärt, daß zehn Jahre zur Herstellung des Denkmals bestimmt, die 20,000 Mark verzinslich angelegt und die Zinsen zum Kapital geschlagen werden, daß ferner, falls von anderer Seite Beiträge für das Monument eingehen, die von ihrem Gemahl gestiftete Summe das Grundkapital bilden soll. Das Kollegium beschloß, das Vermächtniß zu befehlen unter den von der Witwe des Kommerzienraths gestellten Bedingungen anzunehmen. Alle Anwesenden stimmten dafür, dagegen nur die Herren Braubach, Jul. Bachem und Schell, unter Motivierung durch Herrn Braubach, daß die Errichtung dieses Denkmals ein Schlag ins Gesicht der Katholiken Kölns sei.“

Ober-Bürgermeister Becker hat den Reichskanzler an seinem Geburtstage von dem Vermächtniß in Kenntniß gesetzt und demselben im Auftrage der Stadtverordneten-Versammlung gleichzeitig die Glückwünsche des Kollegiums überreicht.

Dresden, 2. April. Dem sächsischen Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes, die Ausübung des staatlichen Oberaufsichtsrechts über die katholische Kirche, zugegangen. Für die Vorlage sind die leitenden Grundsätze durch § 57 der Verfassungs-Urkunde gegeben; es sind dies: 1) Selbständigkeit der Kirche im Gebiete der inneren kirchlichen Angelegenheiten, 2) volle und unbedingte Geltung der staatlichen Hoheitsrechte über die Kirche in Allem, was über das Gebiet der inneren kirchlichen Angelegenheiten hinausgeht.

Aus Baden-Baden, 30. März, schreibt man der „Neuen Freien Presse“: Die Königin von England, deren Ankunft gestern Nachmittag erfolgte, bewohnt eine kleine Villa, welche sie von ihrer hier verstorbenen Stiefschwester, der Fürstin Hohenlohe-Langenburg, zum Geschenk erhalten hat. Diese Villa, im Stile der Schweizerhütchen, liegt auf einer anmutigen Höhe, von der aus man das herrliche Dörfchen übersehen und bis zu den Bergen hinüberblicken kann. Der Zweck der Reise der Königin ist, das Grab ihrer Schwester zu besuchen und das Denkmal zu besichtigen, welches von dem Sohne der Verstorbenen verfertigt wurde, dem in britischen Diensten stehenden Grafen Victor von Gleichen, welcher sich bekanntlich der Bildhauerei als Liebhaber gewidmet hat. Der Aufenthalt der Königin ist ein kurz bemessener und wird nur bis zum 6. April dauern; dann begibt sich die Königin nach Koburg, woselbst sie sich ebenfalls acht Tage aufhalten und ihres verstorbenen Gemahls Lieblingshof Hofenau bewohnen wird. Die Königin reist unter dem Namen „Countess of Kent“. Das Gefolge besteht aus 48 Personen.

Stuttgart, 2. April. Wie telegraphisch erwähnt, hat auch die württembergische Kammer der Standesherren am Sonnabend mit sämtlichen Stimmen der in der Sitzung anwesenden Mitglieder den Antrag angenommen, die Kammer wolle angesichts des Gesetzentwurfs betreffs Uebernahme der preussischen Bahnen durch das Reich, der Regierung gegenüber die Erwartung aussprechen, daß dieselbe ihre eifrigsten Bemühungen darauf richten werde, das Zustandekommen eines Reichseisenbahngesetzes in Ausführung der bezüglich Bestimmungen der Reichsverfassung (Art. 4, Ziffer 8 und Kap. 7) zu bewirken, dieselbe wolle jedoch der Uebernahme einzelner deutscher Bahnen durch das Reich in keiner Weise zustimmen. Ferner wolle die Kammer der Standesherren im Hinblick auf die offizielle Aeußerung des Ministers im anderen Hause von einer weiteren Interpellation in dieser Angelegenheit Umgang nehmen. Da noch häufig auf diese offizielle Aeußerung des Ministers v. Mittnacht zurückgekommen werden dürfte, so erscheint es angezeigt, aus dem stenographischen Wortlaut seiner Rede die wichtigeren Stellen wiederzugeben. Im Anfang seiner Rede gab er wie bekannt, Aufschluß über den Gang der Verhandlungen betreffs des Reichseisenbahngesetzes und der Tarifenquete, und kam dann auf das Bekanntwerden der Absicht der preussischen Regierung zu sprechen, ihr Bahnnetz an das Reich zu verkaufen. Dann heist es:

„Wir hielten uns veranlaßt über die Richtigkeit und über die Zweckmäßigkeit dieses Projekts auch von unserem Standpunkte aus unsere Erwägungen anzustellen. Diese Erwägungen haben dahin geführt, daß wir gegen Ende Februar d. J. unsern Gesandten in Berlin beauftragt haben, an maßgebender Stelle mitzutheilen, daß vorläufig die Ansicht der württembergischen Regierung dahin gehe: daß sie aus politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Gründen für den Erwerb der deutschen oder der preussischen Bahnen durch das Reich ihre Stimme nicht abgeben könne. (Bravo.) Diese Mittheilung wurde in Berlin von unserm Gesandten vor beinahe einem Monat gemacht, es hat das königlich preussische Staatsministerium seinen Entschluß noch nicht kundgegeben.“

Politisch, m. H., haben wir uns ganz auf den Boden der Reichsverfassung gestellt, welche, wie ich nach der ganzen Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens und des deutschen Staatswesens aus guten Gründen annehmen kann, das Eisenbahnwesen nicht wie das Post- und Telegraphenwesen sich als eine einheitliche Anstalt eingerichtet und verwaltet gedacht hat. Das können wir sagen, daß wir mit dem Eingehen auf das Projekt doch jedenfalls ein erhebliches Risiko auf uns laden würden, denn eine Entschädigung durch das Reich im Falle eines Defizits ist jedenfalls noch nicht erwiesen. Neben einem württembergischen Eisenbahnbesitz auch noch zu partizipiren an einem

etwasigen Reichseisenbahnbesitz ist zu groß für unsere Eisenbahnlage. Was die wirtschaftliche Seite betrifft, so leidet das deutsche Eisenbahnwesen, insbesondere das Tarifwesen, an vielen Mängeln und bedarf einer gründlichen Aenderung. Ich bestreite auch nicht, daß durch den Uebergang der deutschen Bahnen an das Reich manche der Mängel beseitigt werden würden, obwohl man sich vor der Illusion hüten muß, daß durch den bloßen Wechsel des Besitzes plötzlich alle Schwierigkeiten der Sache beseitigt werden. Die Frage bleibt eben doch bestehen, ob beim Bau und Betrieb der Eisenbahnen die schonende Beachtung der verschiedenen wirtschaftlichen Seiten, die Rücksichtnahme auf alle Theile eines Landes in dem Maße, wie sie von den Landesregierungen gelbt wird und gelebt werden kann, auch von einer großen Eisenbahnenzentralleitung für das Reich betätigt werden würde, und ob denn auf einem Gebiete, welches vorzugsweise auch die lokalen Kräfte eines Landes zur Entwicklung zu bringen hat, eine straffe Zentralisation so unbedingt heilsam sei. Es scheint mir ein genügender Anlaß nicht vorzuliegen, nun plötzlich Eisenbahn, Post und Telegraphen herzugeben. Wenn je diese Frage angeregt würde, dann ist unsere Ansicht, daß zu einem solchen Schritt die Zustimmung der württembergischen Landesvertretung erforderlich ist. (Bravo.)

Die Verhältnisse des Eisenbahnwesens sind eben wesentlich verschieden in Norddeutschland und Süddeutschland und so ungleich, daß eine größere Kommunität kaum zulässig erscheinen. Preußen steht jetzt eben vor einer großen und prinzipiellen Aufgabe; aber dieses ist nach allen Seiten hin stark und kräftig genug, um dieser Aufgabe auch zum Vortheil des gesammten deutschen Reichs gerecht werden zu können. Ich bestreite nicht, daß Preußen, wenn es in seinem Gebiete die Bahnen konzentriert, es zu einer gewaltigen Macht bringt; aber wir können doch einen Mißbrauch dieser Gewalt von der deutschen Vormacht nicht befürchten. Wäre das der Fall, dann muß ich offen sagen, dann ist auch die Stellung Preußens so präponderant und gewaltig, daß die Verwandlung preussischer Bahnen in Reichsbahnen eine ausreichende Garantie gegen Vergeßlichkeit nicht bieten könnte; dann wäre ich nicht, was es nicht durchsetzen könnte, wenn es rücksichtslos vorgehen wollte. Wenn eine Offerte an das Reich gelangen sollte, so werden wir dieselbe mit all' der Rücksicht und all' der Achtung entgegenzunehmen haben, welche der preussische Staat von seinen Verbündeten erwarten kann. Wenn der Kanzler, welcher das Reich auch über Preußen setzt, ein solches Offert bringt, dann dürfen wir glauben, daß er es thut, weil er der Ansicht ist, damit dem Reich einen Dienst zu erweisen; andere Motive dürfen wir ihm nicht unterstellen. Wenn wir aber nach Prüfung des Projekts zu einer anderen Ansicht gelangen, dann dürfen wir uns auch nicht abhalten lassen, unsere Ansicht zu bekennen und für dieselbe einzustehen, unbefürchtet um den Terrorismus und den Vorwurf des Partikularismus, den jetzt in einem Theil der Presse gelebt wird. Ihr Votum ist natürlich von entscheidender Bedeutung für das fernere Verhalten der Regierung, und werden die von Ihnen anzustellenden Erörterungen einen um so größeren Eindruck machen, je leidenschaftsloser, ruhiger und objektiver und insbesondere je einmüthiger und bundesfreundlicher dieselben verlaufen.

Gegen den Abg. Desterlen gegendet, fährt der Redner fort: Die Anfrage, welche Rechtsansicht in die kgl. Staatsregierung in Betreff der Frage zu vertreten entschlossen, ob reichsverfassungsmäßig die Uebernahme der preussischen und anderen Eisenbahnen auf das Reich im Bundesrath mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen werden könne, und ob, wenn es sich um die Uebernahme der württembergischen Eisenbahnen handelt, hierzu die Zustimmung der württembergischen Landesvertretung nothwendig? ist sehr allgemein gehalten und läuft darauf hinaus, ob die Regierung entschlossen sei, die Rechtsansicht zu vertreten, daß der Erwerb irgend einer Eisenbahn an das Reich gegen die deutsche Reichsverfassung gehe. Es kommt aber hierbei viel an auf die konkrete Gestaltung jedes einzelnen Falles. Es sei für ihn von großem Interesse, welche Hebelrechte ein Staat, der seine Eisenbahnen abtreten will, mit an das Reich übertragen, welche er für sich behalten wolle. Nun kennen wir den konkreten Plan der preussischen Regierung eben erst seit wenigen Tagen. Man wird es deshalb begreiflich finden, wenn, obwohl natürlich die Frage im Allgemeinen seit längerer Zeit in's Auge gefaßt ist, doch Regierungsentscheidungen noch nicht herbeigeführt und festgestellt worden sind, über eine Rechtsansicht, von der man noch nicht weiß, ob sie je zur praktischen Verwirklichung kommen wird. Ich würde persönlich keinen Anstand nehmen, zu sagen, daß ich die Frage, ob das vorliegende preussische Projekt eine Verfassungsänderung mit sich bringe, keinesfalls verneinen möchte. Regierungsentscheidungen jetzt aber auszusprechen, bin ich nicht in der Lage, und erlaube die Herren Interpellanten, sich dabei zu beruhigen, daß die württembergische Regierung diese Frage in keiner Weise präjudiziert hat. (Beifall.)

Strasburg, 1. April. Die „Straßb. Ztg.“ veröffentlichte an der Spitze ihrer Nummer vom 30. März folgende Erklärung:

„An die Leser der „Straßburger Zeitung.“ Von dem Wunsche geleitet, meine ganze Kraft der Herausgabe eines großen buchhändlerischen Verlagsunternehmens zu widmen, habe ich die mir gehörige R. Wollfische Buchdruckerei, verbunden mit dem Eigenthum und Verlagsrechte der „Straßburger Zeitung“ und amtlichen Nachrichten für Elsaß-Lothringen an den Buchdruckereibesitzer und Verlagsbuchhändler Herrn Johannes Schneider aus Mannheim verkauft, in dessen Besitz dieselbe mit dem morgigen Tage übergeben wird. Indem ich heute die letzte Nummer meines Blattes herausgebe, empfinde ich eine hohe Genugthuung darüber, daß meinem Nachfolger als reise Frucht in den Schoß fällt, wofür ich seit 4 Jahren unablässig — wenn auch für mich ohne Erfolg — gekämpft habe: „Eine größere Unabhängigkeit des Verlages“ von der Regierung.“ Für die vielen Beweise von Vertrauen, welche mir in dem angegebenen Zeitraum aus bürgerlichen Kreisen entgegengebracht worden, befinde ich mich dankend, bitte ich dasselbe auf meinen Nachfolger zu übertragen und zeichne Hochachtungsvoll Strasburg, den 30. März 1876.

Friedrich Thiel.

Der Sinn dieser Zeilen ist nicht ganz klar. Es scheint, daß der Verleger gezwungen war, gewisse Artikel aufzunehmen und andererseits behindert war, die Redaktion frei gewähren, ihre Ueberzeugung ungehindert auszusprechen und den Stoff nach eigenem Ermessen auswählen zu lassen. Ob Herr Thiel dafür Regierungsunterstützung bezogen oder andere Vergünstigungen (Druckarbeiten, Portofreiheit) genossen hat, geht aus dem Briefe nicht hervor. Inzwischen schreibt die „Germania“, daß ihrer Expedition eine von der Expedition der „Straßb. Ztg.“ ausgestellte Rechnung vom Dezember 1871 vorliegt, auf deren Adresse sich der Vermerk fand: „Portopflichtige Dienstsache.“

Oesterreich.

Wien, 2. April. Die Beratungen der österreichischen und ungarischen Minister über die Zollfragen haben hier selbst nun wieder begonnen. Gestern konferirten die beiderseitigen Minister vier Stunden mit befriedigendem Ergebnis. Es wurde die Reihe der Verhandlungsgegenstände endgültig fixirt. Zuvörderst gelangen die reinen Tariffragen zur Verhandlung, dann erst folgen die Steuerfragen und die Bankfrage. Der „Pol. Korr.“ wird mit Bezug auf dieselbe Angelegenheit aus Pest geschrieben: „Unsere Minister, welche zur Stunde in Wien weilen, haben ihre Reise diesmal mit dem Vorsatz angetreten, alle drei oberschwebenden Kardinalfragen zur Lösung zu bringen. In diesem Vorsatz sind die Herren — wie mir von guter Seite bemerkt wird — durch den Verlauf der Audienzen, welche sie bei Sr. Majestät halten, nur noch mehr bestärkt haben.“

Am 30. v. Monats früh 3 Uhr ist der berühmte Kanzlerredner Joseph v. Klinkowström, Priester der Gesellschaft Jesu,

nach mehrjähriger Krankheit zu St. Ardra in Kärnten verstorben. Der Verstorbene war zu Wien am 30. August 1813 geboren und der älteste Sohn des Malers und Bädagogen Friedrich August v. Klinkowström aus dessen Ehe mit Louise v. Mengershausen. Er erhielt seine Erziehung und wissenschaftliche Ausbildung im elterlichen Hause, da sein Vater selbst der Leiter eines für den österreichischen Adel bestimmten Erziehungsinstitutes war, welches durch 16 Jahre bestand. Nach zehn Jahre alt, trat v. Klinkowström am 21. August 1831 in den Orden der Gesellschaft Jesu; dort bekleidete er die Stelle eines Predigers, Bibliothekars und Historiographen. Als bedeutender Kirchenredner war v. Klinkowström besonders den Bewohnern Wiens bekannt, wo eine lange Reihe von Jahren hindurch bei seinen sonntägigen und Fastenpredigten die Räume der Universitätskirche die Zuhörer aus allen, selbst den höchsten Ständen der Gesellschaft kaum fassen konnten. Durch eigenthümliche Mischung von weltlichen und geistlichen Dingen erinnerten seine Vorträge an jene Abrahams a Santa Clara; unbedingter Glaube, religiöse Begeisterung, ungewöhnliche Rednergabe, verbunden mit tiefem Gefühl, verliehen demselben einen eigenthümlichen Reiz und machten in den Herzen der Zuhörer nachhaltige Wirkung. Der Orden der Gesellschaft Jesu verlor an dem Dahingegangenen eines seiner thätigsten Mitglieder.

Lemberg, 28. März. Die „Gazeta Narodowa“ veröffentlicht heute einen von gewisser Seite inspirirten Artikel, welcher die maßgebenden Kreise für die gänzliche Polonisierung der Lemberger Universität, an der die deutsche Sprache noch zum Theile gebildet wird, zu gewinnen sucht. Dabei wird von der Belassung des einzigen deutschen Mitgliedes des hiesigen Professoren-Kollegiums in einem Tone gesprochen, der sogar das gewöhnliche Maß polnischer Anmaßung übersteigt. Als vor mehreren Jahren mit der erfolgten Polonisierung der hiesigen deutschen Universität — „dieser verhaßten Stätte giftiger Germanisation“ — ein inniger Wunsch unserer Ultra-Nationalen in Erfüllung ging, da war es bereits Jedermann klar, daß durch diese Maßregel von der hiesigen Alma mater, die einen ehrenvollen Platz in der Reihe der österreichischen Hochschulen einnahm, jeder wissenschaftliche Fortschritt nummehr verbannt und ein für allemal für dieselbe ausgeschlossen sei. Die Folge hat nun gezeigt, daß diese Befürchtung durchaus nicht unbegründet war, da sich an der hiesigen Universität in der That Zustände herausgebildet haben, die aller Wahrscheinlichkeit nach sonst keine Hochschule aufzuweisen hat. So müssen nämlich jetzt die Dozenten in denselben Hörsälen, welche früher die große Anzahl von Lernbefähigten kaum fassen konnten, vor buchstäblich leeren Bänken tradiren, wenn man überhaupt diesen letzteren Ausdruck für das monotone Vorlesen ungeschickt zusammengestellter Exzerpte aus den verschiedenartigsten Lehrbüchern gebrauchen darf. Die meisten Lehrkanten sind entweder gar nicht oder noch immer provisorisch mit Privatdozenten und außerordentlichen Professoren, welche selbst erst vor nicht langer Zeit die Universitätsstudien absolviert haben, besetzt. So kommt es nun, daß bei der alljährlich wiederkehrenden Neuwahl des Rektors, der Dekane, Prodekane u. s. w. die Stimmberechtigten auf eine ganz geringe Anzahl wahrhaftiger ordentlicher Professoren beschränkt sind und regelmäßig dieselben Persönlichkeiten mit den höchsten akademischen Würden bekleidet werden müssen. Bei dem entschiedenen Mangel an polnischen Lehrkräften ist es auch begreiflich, daß auf Vorschlag des Universitäts-Senates sogar Bewerber mit offenbar unzureichender Qualifikation als Privatdozenten für die einzelnen Lehrfächer bestätigt und nach Verlauf eines kurzen Zeitraumes zu außerordentlichen Professoren ernannt werden, und obwohl zahlreiche Gymnasial-Lehrer zu Universitäts-Professoren befördert werden, erklärt das Unterrichtsministerium dennoch in dem von ihm veröffentlichten offiziellen Berichte, „daß die an der Lemberger Universität im Lehrkörper enthaltenden Lücken durch die geringe geistige Betätigung des polnischen Idioms nur schwer auszufüllen seien.“ Dies hindert jedoch die polnischen Chauvinisten keineswegs, mit einer wohl einer besseren Sache würdigen Beharrlichkeit auf gänzliche Polonisierung der hiesigen Universität zu dringen. Diesen Bestrebungen gegenüber werden sich aber die Ruthenen wohl schwerlich gleichgiltig verhalten, da ja sogar die polenfreundliche Exzellenz Jireček dem angedeuteten Wunsche der Polen keine Folge leistete und in der Ministerial-Verordnung vom Jahre 1871 die Bestimmung aufstellte, daß die Vorträge an der Lemberger Universität von der polnischen oder ruthenischen Sprache funktigen Professoren gehalten werden sollen.

Lemberg, 31. März. Im galizischen Landtage hat die polnische Majorität am 28. v. M. wieder einmal einen kleinen Sieg über die ruthenischen Abgeordneten errungen, der zugleich den Charakter einer Demonstration gegen Rußland trägt. Zur Zeit befinden sich in Galizien ungefähr 70 russische Geistliche, die aus der Diözese Chelm von der russischen Regierung ausgewiesen sind und hier in ziemlich dürftigen Verhältnissen leben. Das Komite, welches sich mit der Unterstützung dieser Geistlichen befaßt, hatte an den galizischen Landtag die Petition gerichtet, zur Unterstützung der erwähnten Geistlichen 3000 Fl. zu bewilligen. In der Sitzung vom 28. v. M., in der diese Angelegenheit zur Sprache kam, erklärten sich nun fast sämtliche ruthenischen Abgeordneten gegen die Bewilligung dieser Summe. Der ruthenische Abgeordnete und Geistliche Zaklinski verlas ein Schriftstück der russischen Gesandtschaft zu Wien aus welchem hervorging, daß die russische Regierung für die ausgewiesenen Geistlichen im verfloßenen Halbjahr einen Unterstützungsfonds überandt hat. Der ruthenische Abgeordnete Bilous (Gymnasialprofessor) erklärte, daß er nichts gegen Privatamalgamationen für die ausgewiesenen Geistlichen habe und beantragte darauf, der Landtag möge über die Petition zur Tagesordnung übergehen. Darauf verließ Herr Bilous den Sitzungssaal, nachdem sich schon vorher fast sämtliche ruthenischen Abgeordneten entfernt hatten. Unter den wenigen Ruthenen, die zurückgeblieben befand sich auch der Metropolitan-Erzbischof Sembratowski, der Bischof Stupnicki von Przemyśl und der Geistliche Jawadowski. Der Pole Dr. Dunajewski ergriff hierauf das Wort und sprach, unter bestigen Angriffen gegen den ruthenischen Abgeordneten Zaklinski, für die Vorlage. In derselben Weise äußerten sich auch die beiden zurückgebliebenen ruthenischen Geistlichen Jawadowski und Stupnicki für die Bewilligung der Summe. Der Erste machte seinen ruthenischen Landsleuten den Vorwurf, daß sie sich scheuten im galizischen Landtage offen aufzutreten, während sie doch im Reichsrath zu Wien mit den Liberalen und Juden gegen die katholische Religion stimmten. Schließlich wurde der Antrag des Abgeordneten Bilous, auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt und die geforderte Geldsumme einstimmig bewilligt. — In der hiesigen und in der krakauer polnisch-ultramontanen Presse hat diese Angelegenheit eine große Bestürzung und sodann ein allgemeines Wuthgeheiß hervorgerufen. Der Umstand, daß die ruthenischen Abgeordneten die fast sämtlichen Geistlichen sind, sich gegen die Unterstüßung ihrer aus Rußland ausgewiesenen Stammesbrüder sträuben, hat wieder einmal offen gezeigt, daß die große Mehrzahl der unilischen Bevölkerung Galiziens mehr zur orthodoxen als zur katholischen Kirche neigt. Deshalb werden die ruthenischen Abgeordneten von der polnisch-ultramontanen Presse bereits als „Abtrünnige“, als Leute, „die ihre Mäste abgeworfen haben und sich bereits offen zum Schisma bekennen“ und als „Gniter“ verfahren. Mit „Schmerz und Erbitterung“ sieht die polnische Presse „das Umsichgreifen der schismatischen

Agitation", die selbstverständlich Russland zur Last gelegt wird. Nicht ohne Grund befürchten die polnischen Ultramontanen, daß sich auch die galizischen Linien von Rom losgerissen könnten. Bekannt ist, daß eine große Anzahl von untrischen Geistlichen aus Galizien nach der Diözese Chelm gegangen ist, um die Seelsorge in den dortigen orthodoxen, ehemals untrischen Gemeinden zu übernehmen, deren bisherige Geistliche von der russischen Regierung theils ins Innere von Russland verbannt oder über die Landesgrenze gewiesen worden sind.

West. 31. März. Dieser Tage fand hier selbst ein Konzert im Offizierskasino statt, welchem auch der Landes-Kommandirende Baron Edelsheim und Gemahlin beizuhnten. Als Baron und Baronin Edelsheim-Ghulai eintraten, überreichte ein Stabsoffizier der Baronin ein prachtvolles Blumenbouquet mit einer Ansprache, in welcher der Hochachtung und Verehrung des gesamten Offiziercorps für die Gemahlin des Landes-Kommandirenden Ausdruck gegeben wurde. Die Ansprache schloß mit einem dreimaligen Hoch, in das alle Anwesenden, darunter Viele aus dem Zivilstande, einstimmten. Hierauf nahm das Konzert seinen Anfang.

Frankreich.

Paris. 1. April. Der Kriegsminister läßt gegenwärtig hundert für die Lazarethbestimmung mobile Kapellen mit allem für den Gottesdienst notwendigen Zubehör anfertigen. Später soll jedes Regiment eine solche Kapelle erhalten. Abgesehen von allem Anderen, findet man es höchst sonderbar, daß der Kriegsminister im Augenblick, wo das französische Budget so hoch angewachsen ist, die Ausgaben auf diese Weise zu vermehren sucht. Dieselben betragen für nächstes Jahr ungefähr 3275 Millionen, nämlich für das gewöhnliche Budget 2676 Millionen, für das sogenannte Departemental-Budget 384 und für die Liquidationsrechnung (außerordentliche Ausgaben für den Krieg, die Marine u.) 175 Millionen. Die hundert Kapellen werden wahrscheinlich auf die Liquidationsrechnung gesetzt, d. h. die Ausgaben für dieselben unter die gereiht werden, welche für die Vertheidigung Frankreichs unumgänglich notwendig sind. — In Frankreich nimmt die dem Ultramontanismus feindliche Bewegung immer größere Ausdehnung an. Auch die Regierung vermag sich, nachdem sie in der Frage der Freiheit des höheren Unterrichts dem Andrängen des Klerikalismus entgegenzutreten begonnen hat, den weiteren Konsequenzen dieses Schrittes nicht zu entziehen, und die ultramontanen Organe erklären bereits den Kulturkampf für eröffnet. Der Präsident des Kabinet, Dufaure, welchem bekanntlich bei der Neubildung des Ministeriums auch die Verwaltung der Kultusangelegenheiten übertragen worden ist, äußerte heute in der mit der Prüfung der Wahl des klerikalen Grafen de Klerus gegen die bürgerlichen Institutionen und das öffentliche Recht Frankreichs entschieden zurückzuweisen, sowie die Verbreitung der Lehren des Syllabus mit allen geistlichen Mitteln zu verhindern. Daß diese Erklärung im ultramontanen Feldlager, woselbst die Parteiführer schon über das Projekt der Regierung, die katholischen Universitäten in ihren äußeren Befugnissen zu beschränken, Zeter schreien, große Aufregung verursacht, kann nicht Wunder nehmen. Wie der hiesige Korrespondent der „N. Z.“ meldet, beabsichtigt man überdies in republikanischen Kreisen, die Regierung über die hier stattfindende Bischofskonferenz zu interpellieren. Ueber letzteren veröffentlichten die katholischen Blätter folgende Note:

Die Bischöfe, welche die katholische Universität von Paris gegründet, haben diese Woche im erzbischöflichen Palais die in den Statuten vorgeschriebene Jahresversammlung abgehalten. Sie erledigten darin die laufenden Geschäfte und ließen sich über die nunmehr vollendete Organisation der drei Fakultäten für Recht, Literatur und Naturwissenschaften Bericht erstatten; sie stellten das Budget für das laufende Jahr fest und erörterten Projekte zu einer neuen Erweiterung der Universität; in diesem Sinne beschloßen sie die Gründung von zwei neuen Lehrstühlen in der Rechtsfakultät, nämlich für Gewerbebetriebe und für Stempel- und Notariatswesen. Die versammelten Prälaten konnten nicht umhin, auch die Lage ins Auge zu fassen, welche den freien Universitäten durch den Gesetzentwurf bereitet wird, der ihnen jede Theilnahme an der Verleihung der Grade entziehen soll. Sie theilten sich gegenseitig die schmerzliche Ueberzeugung mit, welche ihnen die Familienväter ihrer Diözesen über diesen unerwarteten Eingriff in ein so lange vorbereitetes und resp. vor so kurzer Zeit notirtes Gesetz, auf Grund dessen so viele materielle und sittliche Interessen aufs Spiel gesetzt worden sind, ausgesprochen haben. Die beiden Kardinal-Erzbischöfe von Rouen und Paris haben es übernommen, bei der Regierung dem einmüthigen Gefühl aller ihrer Kollegen als Dolmetsch zu dienen.

Wie verlautet, sind hierher, sowie an alle Souveräne, bei denen Vertreter Großbritanniens akkreditirt sind, Schreiben der Königin Viktoria, gegengezeichnet von dem gesamten Ministerium abgegangen. In denselben wird offiziell davon Anzeige gemacht, daß Ihre britanische Majestät zukünftig mit ihrem Königtitel den einer Kaiserin verbinden wird. Die erhabene Souveränin wird also, wie es darin heißt, fernerhin in ihren Beziehungen mit den fremden Höfen mit dem Titel Kaiserin-Königin unterzeichnen.

In Sachen der Vermählung des Fräuleins v. Gontaut-Biron, Tochter des Berliner Botschafters, mit Herrn v. Tallyrand will das „Evenement“ erfahren haben, daß Fräulein v. Gontaut-Biron ihren Vater durch notarielle Aufforderung durch eine Sommation respectuouse, wie der technische Ausdruck des französischen Gesetzes lautet, genöthigt hätte, die Einwilligung zu ihrer Verbindung mit Herrn v. Tallyrand zu geben. Es ist dies eine Rechtswohlthat des französischen Gesetzes, welche den großjährigen Mädchen zu Gute kommt, und wenn sie das Alter von 30 Jahren hinter sich haben, dürfen sie, wenn ihr „ehrfurchtsvolles Gehör“ binnen einem Monat nicht erhört worden ist, ohne Weiteres zur Vermählung schreiten. Selten, selbst das „Evenement“ maliziös, hat der Ausdruck der Frau v. Staël besser ausgedrückt: „Die Liebe und die Diplomatie find noch nie in derselben Familie gewesen.“

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Der Aprilcoupon wird, das ist die neueste Wendung in dem Wirbel türkischer Finanzwirtschaft, erst am 1. Juli eingelöst und sollen dafür laut Dekret sechs Prozent Zinsen vergütet werden. Die „Nat.-Ztg.“ läßt sich hierüber wie folgt aus:

Es ist dies ein neuer Beweis des tiefen Finanzverständnisses der Söhne Osmans, welcher die englischen, französischen und italienischen ultramontanen Gläubiger von Neuem in Korn setzen wird. Es ist eine eigene Sache mit einem Schuldner wie der Sultan. Einige tausend Millionen Schulden, für deren Zinsen der Sultan sich bereitwillig eine Zahlungsfrist nach der andern bewilligt, die eine Hälfte wird zur Zeit überhaupt gar nicht bezahlt, die andere Hälfte von Vierteljahr zu Vierteljahr erstreckt. Die türkischen Staatsgläubiger sind so auf die bekannte Hamletische Lustlosigkeits gestellt. Man hat an eine private Besetzung der Türkei in Gläubigerfreien gedacht, aber einer solchen Operation steht leider die Politik Europas im Wege. So ist es denn erklärlich, wenn diese Gläubiger zu einer Behandlungswiese sich zu wenden vorziehen, wenn sie selbst an die Politik appelliren und verlangen die Staaten Europas sollen für

sie eintreten, das verfallene Objekt sequestriren. Ueber die Vollständigkeit des türkischen Bankrotts kann man sich gegenwärtig wohl nicht mehr täuschen. Da kommt denn den Gläubigern eine andere Forderung der europäischen Vornächte selbst zu Hülfe, die politische Forderung nämlich, daß ein Staat in der ökonomischen Lage sei, seine Regierungspflichten zu erfüllen soweit sie in Verbindung stehen mit den politischen Verhältnissen der Nachbarn. Wie soll man aber auf eine Ausführung der versprochenen Reformen und der Unterstützung der rückförenden Flüchtlinge hoffen von einer Regierung, die ihre politische Vertretung so wenig als ihre Truppen, ihre Kapitalschuld so wenig als ihre Zinsen zu bezahlen im Stande ist? Europa wird schließlich doch mit dem Verfalltage türkischer Finanzversprechungen rechnen müssen. Denn es ist wohl nicht anzunehmen, daß sich Spekulant finden werden, welche der Pforte dazu verhelfen sollten, ihrem Wunsche gemäß die heutige Schuldenlast zu konsolidiren. Dazu sind die Grundlagen zu wenig solide. Vielmehr wird die Folge dieser Couponzusage auf den Juli sein, daß das gesamte Finanz- und sonstige Personal der Türkei, den Beherrschern der Gläubigen nicht ausgenommen, mit verdoppeltem Eifer die Kassen des Staats in die eigenen Taschen leeren, soweit darin irgend noch ein Rest von Goldstaub zu finden ist. Dabei werden sie in Ermangelung von Inbalt denn wohl auch zu den Geldbeschränkungen selbst, zu Geldeswerth in Mobilien greifen, und am ersten Juli wird kaum noch die Finanzverwaltung zu Stambul zu finden sein. Bleibt dann noch das Schwert des Propheten übrig, dann — ist die historische Mission Osmans wieder in ihrer Reinheit hergestellt.

Parlamentarische Nachrichten.

* Das Gesetz über die Amtssprache soll in der Kommission heute zur zweiten Lesung gelangen. Die polnischen Abgeordneten haben noch eine endlose, lange Reihe von Amendements vorbereitet, sie wollen unverkennbar die Kommission ermüden und die Plenarberatung verschleppen. Die Kommission ist indessen gewillt, dieser Absicht die größte Ausdauer entgegenzusetzen. Uebrigens will man auch die Konzeption, daß schriftliche Eingaben an die Gerichte in einer fremden Sprache zulässig sein sollen, wieder beseitigen.

Lokales und Provinzielles.

Bosen. 4. April.

— Wegen der bevorstehenden Wahlen zum Landtag und zum Reichstage ist zwischen den beiden Hauptorganen des Polonismus, dem klerikalen „Kurjer“ und dem national-liberalen „Dziennik“ aufs Neue ein Streit entbrannt. Gegenüber der Aufforderung des „Kurjer“ man solle muthig Geistliche wählen, hatte der „Dziennik“ die Bemerkung gemacht, daß er damit nicht so ganz einverstanden sei, da die Geistlichen von ihrer Behörde abhängig seien. Der „Dziennik“ verlangt, daß die Abgeordneten vollständig unabhängig sein müssen. Der klerikale „Kurjer“ bringt hierauf folgende Entgegnung.

Was die Abhängigkeit anlangt, so sind wir überaus überzeugt, daß die geistliche Abhängigkeit das Gewissen nicht knebelt und einer redlichen Wirksamkeit nicht so hinderlich ist, wie die Abhängigkeit des Parteigängers, welche der „Dziennik“ ganz verschwiegen hat. Uns geht es nicht um Allgemeintheiten und Phrasen. Wir begehren, daß man zu Kreis-Wahl-Delegirten offene Anhänger der Autonomie des Kreises und beharrliche Gegner einer solchen Wirtschaft wählt, wie wir sie i. J. 1873 gesehen haben. Der „Kurjer“ bekämpft die Macht des Provinzial-Komitees, in welchem die „Liberalen“ Einfluß haben, und tritt für die Selbstständigkeit der Kreise ein, weil dort meistens die Geistlichkeit den Ausschlag geben würde. — (Red. d. B. Z.) Wo die Laien alle Garantien bieten, daß sie in diesem Sinne stimmen werden, wollen wir Laien wählen, wo aber auch nur irgend ein Zweifel daran vorhanden ist, wird es besser sein, die Pflichten der Delegirten den Geistlichen zu übertragen. Und lassen wir uns ja nicht durch irgend welche Sentimentalitäten ablenken; hier handelt es sich um die allgemeine Sache und wir müssen einmal zeigen, daß wir immer gewußt haben was wir wollen.

— Die „Deutschen Nachrichten“ schreiben unterm 3. d. Mts.: Der Papst hat dem Kardinal Ledochowski einen festen Wirkungskreis in Rom zugesagt und man schließt daraus, daß dieser nicht wieder in seine Diözese zurückkehren wird.

— **Kirchenpolitisches.** Ueber den Propst Kurjowski aus Koznowo (Kr. Dobruja) sind von Seiten des Diözesanverwalters Herrn v. Massenbach Ordnungsstrafen in der Höhe von 1950 M. verhängt worden. Um dieselbe einzuziehen ist das Einkommen des genannten Propstes auf 3 Jahre im Voraus mit Beschlag belegt worden. — Dem Propste Jelski aus Zielanowice (Kr. Gnesen) hat der kgl. Kommissarius zur Verwaltung der gnesener Diözese, Herr Nollau, wegen Nichtkorrespondirens mit der Diözesanverwaltung eine Ordnungsstrafe von 295 Thlr. auferlegt. Es ist dies, wie der „Kurjer“ bemerkt, der einzige Geistliche in der Diözese Gnesen, der zu einer so überaus hohen Geldstrafe verurtheilt worden ist.

— **Verhaftung.** In unserer heutigen Morgennummer meldeten wir, daß am Sonnabend ein Bewohner der Taubenscheide, welcher den Militärposten im Hofe des Regierungsgebäudes geschimpft und angeblich sich thätlich an denselben vergriffen haben soll, durch eine Militärpatrouille verhaftet worden ist. Hierzu wird uns nun von einem Herrn, welcher dem Verhafteten nahe steht, gemeldet, daß der Verhaftete ein hiesiger Regierungs-Kassenbeamter ist und daß derselbe beim hiesigen General-Kommando den Antrag auf Befragung des Militärpostens und des nachthabenden Offiziers gestellt hat, weil er unschuldig und widerrechtlich verhaftet, außerdem durch den Aufheben erregenden Transport in seiner Ehre schwer verletzt worden sei. In der uns zur Einsicht vorgelegten Beschwerdechrift wird dem Militärposten pflichtwidriges Verhalten zur Last gelegt, welches die Ursache eines Streites gewesen sei, in Folge dessen die Verhaftung des Beamten, dann sein Transport nach der Militär-Wache und schließlich nach dem Polizeibureau erfolgte, wo er sobald er sich legitimirt hatte, auf freien Fuß gesetzt wurde. — Auch das Arbeiter-Gehaupt, welches in unserem Morgenblatte erwähnt ist, soll zu Unrecht von dem Militärposten verhaftet worden sein. Die Untersuchung wird hoffentlich das Nähere darüber ergeben.

— **Verpflegungs-Zuschüsse.** Die pro 2. Quartal 1876 bewilligten extraordinären Verpflegungs-Zuschüsse (einschließlich des Zuschusses zur Verpflegung einer Frühstücks-Portion) sind bezüglich des V. und VI. Armeecorps wie folgt normirt: Bei dem V. Armeecorps. Beuthen a. O. 13 Reichspfennige, Bojanowo 10, Fraustadt 8, Freistadt i. S. 10, Glogau, Görlitz, Guben und Haynau 11, Herrnhut 13, Hirschberg 15, Jauer 13, Kosen 10, Krottsch 11, Lauban 13, Liegnitz und Lissa 11, Löwenberg und Lüben 12, Müllisch 9, Moskau 13, Neutomischel 11, Ostrowo 10, Polkwitz 11, Posen 12, Rawitsch 8, Sagan 12, Samter 13, Schrimm 12, Schrodau 7, Spottau 11, Sulau 9, Uruhsstadt und Wismig 11 Reichspfennige. Bei dem VI. Armeecorps. Bernstadt 9 Reichspfennige, Beuthen OS. 10, Breslau 13, Briesg, Köfel und Kreuzburg 10, Freiburg i. Schl. und Glatz 11, Gleiwitz 12, Ober-Glogau, Grottau und Leobisch 10, Münsterberg 12, Ramlau 11, Reife 11, Neustadt OS. 8, Dels 10, Obau 12, Oppeln 9, Pleß und Ratibor 8, Reichenbach i. Schl. 12, Rosenburg i. Schl. 10, Rymnik 8, Schweidnitz 11, Soltau OS. 9, Strehlen 10, Striegau 11, Wobkau 12 und Ziegenhals 8 Reichspfennige.

r. Die deutsche Kleinkinder-Bewahr-Anstalt in der Halldorfstraße erfreut sich eines so zahlreichen Besuches von Kindern aus Arbeiter-Familien, daß es, um einer für das Gedeihen der Anstalt

nachtheiligen Ueberfüllung vorzubeugen, nothwendig geworden ist, eine zweite Anstalt in einer anderen Stadtgegend zu eröffnen. Für dieselbe sind in dem früher Bischoff'schen Hause in der Mühlenstraße die erforderlichen Lokalitäten gemietet worden. Die Anstalt wird am 24. April eröffnet werden. Auch für diese ist — wie für die ältere — eine Lehrerin berufen worden, welche ihre Ausbildung in dem gräflich Bonin'schen Seminar in Breslau erhalten und ihre Prüfung vor der staatlichen Prüfungs-Kommission daselbst bestanden hat. Das Kuratorium der Anstalt hofft bei dieser Erweiterung seiner Wirksamkeit auf eine erhöhte Theilnahme der Freunde des Werkes.

r. Die Passage über die Wallisheidebrücke ist seit gestern wieder auch schweren Fuhrwerken freigegeben worden, und sind deshalb die Barrieren, welche zur Zeit des Hochwassers errichtet wurden, entfernt worden.

r. **Stubenbrand.** Am 31. v. M. Abends entstand in der Werkstätte eines Tischlers auf der Al. Gerberstraße während der Abwesenheit des Lehrhins ein Stubenbrand dadurch, daß eine glühende Kohle aus dem Kochherd in die herumliegenden Späne fiel. Das Feuer wurde durch die herbeieilenden Hausbewohner gelöscht und hat einen Schaden von 60 Mark angerichtet. Die Feuerwehr eilte zur Stelle, brauchte aber nicht in Aktion zu treten.

r. **Diebstahl.** Einer auf der Schifferstraße wohnenden Wittwe wurden aus verschlossener Tischschublade 64 Mark in Thalerstücken gestohlen.

r. **Sachbeschädigung.** Gestern wurde bei Gelegenheit einer Prügelei zwischen zwei Dachdeckern einem Bürstenmacher am Alten Markte eine Schaufensterscheibe gestohlen.

— **Polizeibericht.** Gefunden: 1 Stange Stabeisen, circa 1 Zoll im Quadrat, dieselbe wird bei dem Drochsenbesitzer Karl Bohl, St. Albalbert 35, asserwirt, 1 Handforn, stehen geblieben beim Fleischermeister Salomon Bock. Verloren: 1 Brieftasche, enthaltend 112 Mark.

o. **Gnesen.** 2. April. [Bürgermeisterwahl.] In der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung ist Bürgermeister Machatus auf neue zwölf Jahre einstimmig wiedergewählt worden.

Staats- und Volkswirtschaft.

** **Oesterreichische Kreditloose von 1858.** Verloosung vom 1. April 1876. Gezogene Serien: Nr. 639 895 933 999 1277 1327 1390 1691 2039 2382 3136 3483 3636 und Nr. 4014.

Prämien: Ser. 3136 Nr. 55 a 200,000 fl.
Ser. 3136 Nr. 64 a 40,000 fl.

Ser. 639 Nr. 47 a 20,000 fl.

Ser. 999 Nr. 82 und Ser. 1327 Nr. 75 a 5000 fl.

Ser. 639 Nr. 11 und Ser. 3626 Nr. 56 a 1500 fl.

Ser. 895 Nr. 28, Ser. 2382 Nr. 23 und Ser. 3483 Nr. 4 a 1500 fl.

Ser. 1327 Nr. 6, Ser. 2382 Nr. 54, Ser. 3136 Nr. 10 und Ser. 3636 Nr. 96 a 1000 fl.

Ser. 639 Nr. 20, Ser. 895 Nr. 20 und Nr. 88, Ser. 933 Nr. 35, 74 und Nr. 81, Ser. 999 Nr. 11 und 35, Ser. 1277 Nr. 35, Ser. 1327 Nr. 2, 34, 42, 43, 46 und Nr. 91, Ser. 1390 Nr. 41 und Nr. 69, Ser. 1691 Nr. 31 und Nr. 92, Ser. 2039 Nr. 12, 38, 80 und Nr. 92, Ser. 2382 Nr. 79 und Nr. 100, Ser. 3136 Nr. 39, 46, 58, 78 und Nr. 86, Ser. 3483 Nr. 94, Ser. 3636 Nr. 13, 26 und Nr. 64 und endlich Ser. 4614 Nr. 58, 67, 92 und Nr. 99 a 400 fl.

Auf alle übrigen in den obigen Serien enthaltenen und hier nicht besonders aufgeführten Nummern entfällt der geringste Gewinn von je 200 fl. in österr. Währung.

Ver mis ch tes.

* **Ein Wettrennen mit Hindernissen** zwischen zwei sogenannten Börsen-Mallan erregte am Sonnabend an der Berliner Börse nicht geringe Sensation. Bemerkte beide Mallan unterhandelten nämlich wegen eines und desselben Geschäfts, und demjenigen von ihnen, welcher zuerst dem einen Kontrahenten, welcher sich zufällig am andern Ende des Saales befand, den Abschluß verkünden konnte, winkte der Siegespreis. Mit Todesverachtung stürzten sich nun die Vermegenden in das dicke Menschengewühl, rücksichtslos mit Armen und Beinen sich Bahn brechend; zerkretene Hühneraugen und laute Verwünschungen bezeugten ihren Weg. Schon hatten sie fast Kopf an Kopf den größten Theil der Bahn in schnellste Pace durchgelaufen, da bemerkt eine starke Gruppe handelnder Jobber ihren Weg. Der eine Mann stieß und suchte sie zu umgehen; der andere aber stürzte blindlings darauf los, wirft mehrere Jobber über den Haufen und kommt mit einem der letzteren, welcher sich an seinen Nachbarn geklammert hatte und sich derart schleifen ließ, schweißtreibend als Sieger am Ziele an, wo ihm in Anerkennung seiner Leistung die doppelte Provision zu Theil wurde. Der Gescheite und mehrere Ungerannte mußten indeß in der Garde-robe gereinigt werden und wurden in ihrem Vorhaben, die Sache vor das Kellereienkollegium zu bringen, nur durch die ernstlichen Bitten der Attentäter und den Hinweis auf die kurze Zeit, die einen Verdienst so selten und so wünschenswerth mache, abgehalten.

* **Der deutsche Buchhandel** auf der Weltausstellung in Philadelphia. Die „N.-Y. H. Ztg.“ schreibt: Numerisch am stärksten wird in der deutschen Abtheilung die Kollektiv-Ausstellung des deutschen Buchhandels und der Druckwerke vertreten sein; sie umfaßt nicht weniger als 147 Firmen: 57 aus Leipzig, 21 aus Berlin, die übrigen aus München (3), Offenbach (1), Halle (3), Sferlohn (1), Frankfurt a. M. (3), Nördlingen (1), Düsseldorf (1), Hannover (1), Jena (1), Stuttgart (4), Mainz (2), Kassel (1), Glogau (1), Elberfeld (1), Wiesbaden (2), Gnadau (1), Hamburg (4), Breslau (5), Weimar (1), Gera (1), Würzburg (1), Danzig (1), Detmold (1), Darmstadt (3), Dresden (4), Bremen (1), Gotha (1), Nürsleben (1), Eßlingen (1), Oldenburg (1), Wandsbeck (1), Renscheidt (1), Barmen (1), Göttingen (2), Karlsruhe (2), Kiel (1), Braunschweig (1), Götting (2), Koblenz (1), Mannheim (1), Warrbrunn (1), Nürnberg (1) und Maria-Weim (1). Aber auch dieses Fach wird nicht so vollkommen vertreten sein, als es die deutschen Interessenten zuerst beabsichtigten. In der ersten Woche des Februar hat in Leipzig eine improvisirte Ausstellung buchhändlerischer Ereignisse, welche für Philadelphia bestimmt sind, stattgefunden. „Sie entsprach jedoch nicht den gegebenen Erwartungen“ — berichtet darüber ein deutsches Fachblatt — „so daß der deutsche Buchhandel auf der transatlantischen Weltausstellung nicht in gewöhnlicher Weise vertreten sein wird. Das bedeutendste aller Druckwerke der Neuzeit, der Codex Sinaiticus, herausgegeben von Professor Dr. v. Tischendorf, gedruckt in der Offizin der Firma Giesecke und Devrient in Leipzig, fehlte u. A. gleichfalls, weil von demselben nur noch zwei Exemplare vorhanden sind und das große Werk nicht wieder edirt wird. Auch der Papyrus Ebers, aus dem Breittopf-Hertel'schen Verlage hervorgegangen, war nicht vorhanden.“ Ähnliche Unterlassungsfinden sollen in allen andern Zweigen der deutschen Buchführung zu registriren sein.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Bosen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Für Haarleidende

ist der berühmte Spezialist Herr **Edmund Bühligen** aus Gohlitz bei Leipzig, Villa Bühligen, Freitag, den 7. April, von früh 10 bis 5 Uhr Nachmittags im Hotel Wblus in Bosen persönlich zu sprechen. Die außerordentlichen Erfolge, welche Herr Bühligen seit vielen Jahren mit seinem Heilverfahren erzielte, sind uns, sowie gewiß den meisten Menschen, rühmlichst bekannt und versehen wir nicht, alle derartige Leidenden hiesiger Stadt und Umgegend auf diese seltene Gelegenheit, Herrn Bühligen persönlich sprechen zu können, aufmerksam zu machen. Prospekt verleiht Herr Bühligen gratis und franco.

(Beilage.)